

Freiheit oder Unterwerfung?



lic. iur.
Christoph
Spiess,
e. Gemeinderat,
Co-Zentral-
präsident,
Zürich

Das ist die Frage, die wir alle am 25. November 2018 an der Urne beantworten müssen, wenn wir über die «Selbstbestimmungsinitiative» abstimmen. Auf dem Spiel steht nicht weniger als die Unabhängigkeit und Souveränität der Schweiz. **Unsere Vorfahren haben sie vor Jahrhunderten erkämpft und seither immer erfolgreich verteidigt.** In der Vergangenheit war aber die Bedrohung unserer Freiheit regelmässig militärischer Natur und so akut, dass jedermann sie erkannte und begriff, dass entsprechende Gegenmassnahmen zwingend notwendig waren.

POSTCODE

AZB 3001 Bern

Das ist heute anders. **Die Gefahr für unsere Freiheit kommt auf leisen Sohlen daher, ohne Panzer und Kanonen. Ins Mäntelchen des Rechts gekleidet, nimmt sie langsam überhand.** So merken viele Eidgenossinnen und Eidgenossen nicht, wie ernst die Lage ist. Recht ist doch etwas Gutes, es

sorgt für Frieden und Ordnung, denken sie. Nur ist es leider fremdes Recht, das uns von aussen aufgezwungen wird und zur

schleichenden Abschaffung unserer Souveränität und Demokratie

führt. Natürlich gab es schon immer grenzüberschreitende Probleme, die in Staatsverträgen geregelt werden mussten. Gegen diese Art von Völkerrecht ist nichts einzuwenden, zumal das Parlament darüber entscheidet und bei wichtigen Verträgen das Referendum möglich ist. Solche Staatsverträge führten in der Vergangenheit auch kaum zu Einschränkungen unserer politischen Gestaltungsfreiheit im Inland. **Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich dies auf dramatische Weise geändert. Der Umfang der völkerrechtlichen Verpflichtungen hat stark zugenommen.** Die Schweiz hat sich in ein

undurchdringliches Dickicht von Staatsverträgen

verwickelt. Auch geht es immer öfter nicht um nachbarschaftliche Fragen, die geregelt werden müssen, sondern um multinationale Rechtsvereinheitlichung. Diese mag bei technischen Normen (Masseinheiten, Netzspannung usw.) sinnvoll sein, geht aber mittlerweile weit darüber hinaus.

Vom Umgang mit Lebensmitteln über Asylprobleme bis zum Steuergesetz – überall mischen sich multinationale Organisationen in unsere Rechtsordnung ein, und stets kuscheln unsere Politiker in Bern.

So wird ein immer grösserer Teil



Gewähren wir dem Schweizer Volk wieder das letzte Wort! Daher am 25. November 2018 ein kräftiges Ja zur Selbstbestimmungsinitiative!

Von Ihnen hängt es ab

Der Abstimmungskampf zur Selbstbestimmungsinitiative steht vor der Tür. Im Namen der schweizerischen Unabhängigkeit möchten wir uns für dieses Anliegen einsetzen. Dabei konnten die SD immer wieder dank Ihnen Aktivitäten aller Art durchführen. Ohne Ihre Hilfe wird jedoch auch diesmal keine Propaganda möglich sein. Nebst den personellen Ressourcen benötigt es leider genauso finanzielle Mittel. Vielen Dank für Ihre Treue und Ihre wertvolle Unterstützung! Gemeinsam sind wir stark!

Christoph Spiess, Co-Zentralpräsident
Adrian Pulver, Zentralsekretär

der Gesetzgebung fremdbestimmt und der Entscheidungsgewalt des Schweizer Volkes entzogen.

Unsere Demokratie wird systematisch ausgehöhlt!

Ein aktuelles Beispiel ist die sogenannte Unternehmenssteuerreform. Man kann sich ja durchaus fragen, ob es sinnvoll sei, mit Steu-

erprivilegien ausländische Konzerne ins Land zu locken. Wir Schweizer Demokraten würden darauf gerne verzichten. **Ein Skandal ist aber die Art und Weise, wie sich Bern diesbezüglich von der OECD unter Druck setzen lässt.**

Fortsetzung Seite 2

Am 27. Oktober 2018 findet im Restaurant «Dietiker» in Suhr die nächste schweizerische Mitgliederversammlung statt. Sämtliche SD-Mitglieder sind herzlich eingeladen. Die Parteileitung freut sich auf Sie.

Freiheit oder Unterwerfung?

Fortsetzung von Seite 1

Wer in der Schweiz wie besteuert wird, geht das Ausland überhaupt nichts an! Wenn die OECD das nicht begreifen will, bestünde die richtige Antwort darin, ganz einfach aus dieser Organisation auszutreten.

Sie ist ohnehin überflüssig – genauso wie die EU, welche mit uns dasselbe Spielchen treibt. Sie erfrecht sich neuerdings sogar, von uns zu fordern, dass wir ihre Gesetze automatisch übernehmen! Damit wäre

das Ende des unabhängigen Staates Schweiz

besiegelt und wir wären bestenfalls noch die unterworfenen Kolonien einer fremden Macht. Am 25. November 2018 haben wir die vielleicht letzte Chance, diesem unwürdigen Schicksal zu entgehen. Die Selbstbestimmungsinitiative ist leider nicht sehr sorgfältig formuliert. Das fängt schon beim Titel an.

Es geht nicht bloss gegen fremde Richter, sondern darum, die Unterwerfung unter fremdes Recht zu stoppen, das auch fremdbestimmt bleibt, wenn es von Schweizer Richtern angewendet wird.

Unglücklich gestaltet ist die vorge-



Die Bundesverfassung und nicht übergeordnetes internationales Recht soll letztendlich für die Schweiz verbindlich sein.

schlagene Neufassung von Artikel 190 der Bundesverfassung, wonach Bundesgesetze und völkerrechtliche Verträge für die Gerichte massgebend sind, wenn sie dem Referendum unterstanden. Bundesgesetze sind immer referendumsfähig, und völkerrechtliche Verträge sind bis zu ihrer Kündigung grundsätzlich auch dann verbindlich, wenn sie nicht dem Referendum unterstanden. Richtigerweise sollte Art. 190 BV im Sinne der bundesgerichtlichen «Schubert-Praxis» dahingehend präzisiert werden, dass Bundesgesetze gegenüber Staatsverträgen vorrangig sind, wenn sie diesen widersprechen und der Gesetzgeber das bewusst in Kauf genommen hat. Auch hätte die Initiative klarstellen sollen, dass der Bundesrat in

solchen Fällen verpflichtet ist, den verfassungs- oder gesetzeswidrigen Staatsvertrag zu kündigen. Nicht den Initianten anzulasten ist, dass sie in ihren Text den

Vorbehalt des sogenannten «zwingenden Völkerrechts»

aufgenommen haben. Ohne diesen hätte man ihnen die Initiative kurzerhand für ungültig erklärt. Dabei ist das «zwingende Völkerrecht» eine blosse Erfindung von Rechtsgelehrten. Es gibt niemand, der befugt wäre, irgendwelche Regeln für weltweit «zwingend» zu erklären. Diesen Unsinn wird man später, nach der nationalen Wende, aus der Bundesverfassung entfernen müssen. Die Urheber der «Selbstbestimmungsinitiative» haben nun allerdings ein

Pokerspiel mit hohem Einsatz

in Gang gesetzt. Ihnen stellt sich eine gewaltige Front von Angstmachern aus Politik, Wirtschaft, «Kultur» und Medien entgegen. Die Gefahr ist gross, dass das Volk sich davon beeindruckt lässt und die Initiative ablehnt. Dies würde dann sozusagen zur Freifahrkarte für diejenigen Kreise, die ohnehin schon seit geraumer Zeit versuchen, über einen Vorrang des Völkerrechts die demokratischen Rechte der Bürger auszuhebeln.

Insbesondere bestünde die Gefahr, dass sich das Bundesgericht in Missachtung der Gewaltenteilung noch mehr als bisher anmasst, dem Souverän vorzuschreiben, was er überhaupt noch in Verfassung und Gesetz schreiben darf.

Ins Fäustchen lachen könnten sich auch all die landesverräterischen «open society»-Fanatiker, die am liebsten alle Grenzen schleifen und unser Land zum Selbstbedienungsladen und Eroberungsobjekt für alle Wohlstandstouristen aus dem fernen Süden machen würden.

Damit es nicht soweit kommt, legen wir Schweizer Demokraten trotz aller Unzulänglichkeiten der «Selbstbestimmungsinitiative» ein klares Ja in die Urne.

Keine Massentierhaltung in der Schweiz

In der Werbung für tierische Lebensmittel werden uns von der Fleischindustrie laufend Fotos einer idyllischen Tierhaltung präsentiert, die leider nur vereinzelt der Realität entsprechen. Lassen wir uns davon nicht täuschen und bleiben kritisch! Die Schweiz hat angeblich das beste Tierschutzgesetz der Welt, doch die Nutztiere sind nur unzulänglich geschützt. Die meisten Schweizer Konsumenten glauben, dass Massentierhaltung nur im Ausland vorkommt. **Da jedoch immer mehr tierische Produkte konsumiert werden, weil unsere Wohnbevölkerung ständig wächst, besteht eine Tendenz zu mehr Grossbetrieben, die eine industrielle Massentierhaltung betreiben.** Dabei wird Effizienz und Gewinnoptimierung zum wichtigsten Faktor, wobei aber das Wohl der Tiere nicht genügend Beachtung findet. Die kleinen Landwirt-

schaftsbetriebe mit besserer Tierhaltung verschwinden allmählich.

Wenn 14 Hühner pro Quadratmeter in einer Halle mit 18'000 Artgenossinnen, ohne Auslauf, ihr kurzes und trostloses Leben verbringen müssen, ist dies gemäss dem Schweizer Tierschutzgesetz erlaubt.

In Wirklichkeit teilen sich meist 17 Hühner einen Quadratmeter an Bewegungsraum. Jährlich werden 2 Millionen männliche Küken von Hühnern, welche man für die Eierproduktion gezüchtet hat, am ersten Tag ihres Lebens vergast. Masthähnchen dürfen bis zu ihrer Schlachtung nur 35 bis 60 Tage leben. **Legehühner werden nach eineinhalb Jahren, sobald ihre Legeproduktion etwas nachlässt, geschlachtet und durch jüngere Artgenossinnen ersetzt.** Hühner

hätten eine Lebenserwartung von ca. 10 Jahren.

Diese sensiblen Tiere leben im Dauerstress, wenn sie in solch beengten Verhältnissen mit einer derart hohen Zahl an Artgenossen zusammenleben müssen.

Die Angestellten dieser Grossbetriebe sammeln deshalb jeden Morgen zuerst die toten Hühner ein, bevor mit der Fütterung begonnen werden kann. Zwar ist bei uns die Käfighaltung von Hühnern längst verboten, doch der Import von Batterie-Eiern nicht. Vor allem die industrielle Nahrungsmittelproduktion kauft diese Eier in grossen Mengen ein und verwendet sie meist für Back- und Teigwaren sowie Cremes und Fertiggerichte, ohne dass dies dem Konsumenten bewusst ist.

Auch bei Schweinen unwürdig

10 Schweine dürfen gemäss Tierschutzgesetz auf einer Fläche von einem Autoparkplatz gehalten werden. Auf Spalten- oder Betonböden, mit wenig oder gar keinem Stroh, ohne Auslauf ins Freie und ohne Beschäftigung bedeutet das eine Qual für diese Säugetiere, die über einen ähnlich hohen Intelligenzquotienten wie Hunde verfügen. Die Mastschweine werden schon im Alter von 5 Monaten ins Schlachthaus gebracht. Dabei hätten sie eine Lebenserwartung von 21 Jahren! Die Mutterschweine, welche in Kastenständen gehalten werden, trennt man so früh wie möglich von ihrem Nachwuchs, damit sie schnellstmöglich weiteren Nachwuchs produzieren.

Fortsetzung Seite 3

Ihnen wird in vielen Grossmäsereien zu diesem Zweck ein Schwangerschaftshormon namens PMSG gespritzt, das in Uruguay und Argentinien unter tierquälerischen Bedingungen aus dem Blut schwangerer Stuten gewonnen wird. Auf diese Weise werden die Mutterschweine schneller trächtig, was eine rationellere Produktion garantiert. Damit degradiert man sie zu Gebärmaschinen. Dies ist tierverachtend und gewissenlos!

Bei den grösseren Schweinemastbetrieben besteht ein striktes Zutrittsverbot für Menschen, angeblich aus hygienischen Gründen, zum Schutz der Tiere, wohl aber eher, damit Tierfreunde nicht die quälerische Haltung bemerken, die hier üblich ist.

Bei den Milchkühen werden immer mehr Hochleistungsrassen gezüchtet. Die Milchleistung wurde stark verbessert, sodass jede Kuh statt 4000 jetzt jährlich 8000 Liter Milch liefert. **Im Alter von 5 bis 7 Jahren sind sie dann ausge-**



Massentierhaltung existiert in der Schweiz genauso wie im Ausland!

laugt und landen im Schlachthof. Normalerweise könnte eine Kuh bis zu 30 Jahre lang leben! Ihre Kälbchen werden schon im Alter von 3 bis 5 Monaten geschlachtet.

Volksinitiative lanciert

Gemäss einer repräsentativen Meinungsumfrage halten 87% der Schweizer Bevölkerung das Tierwohl für wichtig und wünschen sich eine artgerechte Haltung der Nutztiere. Das Wohlergehen und die Würde der Tiere als empfindsa-

me und leidensfähige Wesen ist ein wichtiges Argument gegen die Massentierhaltung. Nicht zu vergessen sind auch die Folgen der Massentierhaltung auf die Umwelt. **Die Jauche aus den Grossmästereien verseucht ganze Landstriche und Gewässer. Für unsere industrielle Tierfutterproduktion werden Unmengen von Regenwäldern abgeholzt. Das globale Klima wird dadurch massiv geschädigt. Meret Schneider von «Sentience Politics» und Vera Weber von der Fondation Franz Weber haben am**

18. Juni 2018 eine Volksinitiative mit dem Titel «Keine Massentierhaltung in der Schweiz» lanciert. Sie werden dabei von 13 weiteren schweizerischen Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen unterstützt. **Man fordert ein schweizweites Verbot der Massentierhaltung. Der Bund soll die Tierwürde schützen sowie Kriterien für eine tierfreundliche Unterbringung und Pflege, den Zugang ins Freie, die Schlachtung und die maximale Gruppengrösse pro Stall festlegen.** Zusätzlich muss der Bund Vorschriften zum Import von Tieren und Tierprodukten erlassen. Die Ausführungsgesetzgebung soll sich des Weiteren am Bio Suisse Standard von 2018 orientieren.

Bitte unterschreiben Sie diese Initiative bis im Dezember 2019! Es ist für ein reiches, fortschrittliches Land wie die Schweiz endlich Zeit, auch den Nutztieren ein würdigeres Leben zu ermöglichen!

*Margrit Neukomm,
Zentralvizepräsidentin, Bern*

Normales Wochenende bezüglich Gewalt gegen Polizisten

Am 2. September wurde in Thoiry/Frankreich eine Waadtländer Polizistin nach einer Verfolgungsjagd auf Täter, die im Waadtland einen Wohnwagen gestohlen hatten, schwer verletzt. Das Opfer erlitt Kopf- und Gliederverletzungen und musste notfallmässig ins Genfer Unispital überführt werden.

In der Nacht vom 1. auf den 2. September bewarfen in Bern Vermummte aus dem Umfeld des alternativen Kulturzentrums Reitschule die Polizei mit Steinen, Flaschen und Eisenstangen und verletzten dabei drei Berner Ordnungshüter.

Der VSPB nimmt zum x-ten Mal mit Bestürzung von unentschuld-baren Gewaltakten Kenntnis, wie sie dieses Wochenende gegen diese Polizisten begangen wurden. Es vergeht kein Wochenende, an dem nicht einem Polizisten beim Einsatz Gefahr für Leib und Leben droht. **Die Fälle nehmen täglich an Härte zu. Höchst besorgniserregend ist dabei vor allem ihre Regelmässigkeit.**

Verschärfung endlich umsetzen

Der VSPB erinnert am Rande dieser traurigen Ereignisse daran,

dass er die politischen Behörden bereits 2009 auf das brisante Thema der Gewalt gegen Beamte aufmerksam gemacht hat. Im Jahr 2007 wurden zwei parlamentarische Initiativen eingereicht, **die eine Verschärfung der in Artikel 285 des Strafgesetzbuches vorgesehenen Strafen forderten.**

Die Mitglieder der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats haben sich im Februar 2018 versammelt und sich mit 20 zu 5 Stimmen für die von den beiden parlamentarischen Initiativen geforderte Verschärfung des Gesetzes ausgesprochen.

Doch seit dieser Stellungnahme herrscht erneut Funkstille im Dossier! «Unsere Bundesbehörden müssen sich ihrer Verantwortung unbedingt stellen und diese Initiativen rasch behandeln», erklärt Johanna Bundi Ryser, Präsidentin des VSPB. «Wir erwarten, dass der Staat als Arbeitgeber alles unternimmt, um seine Mitarbeiter vor jeder Form der Gewalt zu schützen», fordert Johanna Bundi Ryser.

*Verband Schweizerischer
Polizei-Beamter*

Markus Borner gestorben

Der langjährige Basler Grossrat Markus Borner hat uns am 8. Juni 2018 für immer verlassen. Geboren am 6. Dezember 1955 im Kanton Solothurn, hat er sich schon früh für die Politik interessiert und kam zur damaligen Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat (NA). Beruflich hat es ihn nach Basel verschlagen und er führte dort bis zu seinem Tod die «Borner Hörhilfe». **Vom 5. Februar 1997 bis zum 31. Januar 2005 war er Basler Grossrat.** Von 2010–2011 amtierte Markus Borner sogar als Zentralpräsident der Schweizer Demokraten. Mit viel Herz und Leidenschaft hat er sich über etliche Jahre hinweg für die Interessen der Schweiz eingesetzt. Den Lesern des «Schweizer Demokraten» ist er vor allem bekannt für seine guten Texte und Reportagen, die er für unsere Zeitung schrieb. **10 Jahre lang war er Präsident der Schweizer Demokraten Basel-Stadt.** Zusammen mit Grossrat Patrik Cattin hat er über Jahre hinweg die Basler Politzszenen beherrscht und machte sich als ehrlicher Kämpfer einen überregionalen Namen. Für uns jüngere Politiker war er immer wie ein Vater. Er hat die Wahlkämpfe finanziert und zog im Hintergrund die Fäden. Er war Kumpel und zugleich Respektsperson. **Er war ein Patriot der alten Schule, wie man ihn heute leider nur noch wenig findet. Sein Herz gehörte der Politik.** 2004 fehlten Markus Borner dann ein paar wenige Stimmen zur Wiederwahl. Leider hat nun sein Herz viel zu früh aufgehört zu schlagen. Markus Borner hatte seit 2015 immer grössere gesundheitliche Probleme. 2016 lag er fast ein halbes Jahr im Spital. Seine Asche wurde auf seinen Wunsch im Kanton Solothurn verstreut. **Wir verlieren mit Markus Borner einen grossartigen Polit-Kämpfer und trauern um diesen Verlust. Vielen Dank für seinen grossartigen Einsatz.**

*Adrian Pulver, SD-Zentralsekretär, Bern
Eric Weber, e. Grossrat Volksaktion, Basel*

Die Ereignisse der letzten Wochen beweisen eindeutig, dass Gewalt an Frauen primär ein importiertes Problem ist. Es handelt sich oft nicht um Schweizer Männer.

Abstimmungsparolen zum Urnengang vom 23. September

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 23. September 2018 beschlossen:

Stimmfreigabe zum Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege [Velo-Initiative]»):

Mit diesem direkten Gegenentwurf sollen die Velowegnetze gegenüber den Fuss- und Wanderwegen gleichermaßen gefördert werden. Zum einen bestehen in urbanen Gebieten vielerorts erhebliche Sicherheitsrisiken, sodass entsprechende Massnahmen zugunsten des Velofahrers unumgänglich sind.

Dabei verstärken die seit Jahren steigenden Unfallzahlen den dringenden Handlungsbedarf. Ausserdem würde die allfällige Finanzierung geplanter Projekte lediglich auf freiwilliger Basis erfolgen.

Zum anderen verfügt die Schweiz bereits heute über ausgeprägte zusammenhängende Strukturen für den Veloverkehr. Der vorliegende Verfassungstext hätte landesweit zusätzliche Bauvorhaben zur Folge, was in den Städten und Agglomerationen einer weiteren Verschlechterung der Lebensqualität (etwa Verdichtung des Lebensraums durch Verbreiterung der Strassen) gleichkäme.

Im ländlichen Raum müsste zudem Kulturland geopfert werden. Des Weiteren könnte man mithilfe einer drastischen Begrenzung des Bevölkerungswachstums auch die entstandene Mobilität drosseln.

Obwohl sich der Bund zu keiner finanziellen Unterstützung verpflichtet, dürften gleichwohl Kantone und Gemeinden ihre Begehren mit Nachdruck geltend machen. Die SD verzichten auf die Fassung einer Parole und beschliessen Stimmfreigabe.

Ja zur Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»:

Mit dieser Initiative will man die



Die beiden Agrarinitiativen, «Für Ernährungssouveränität» und «Fair-Food», bilden die optimale Grundlage zum Erhalt einer starken einheimischen regional orientierten Landwirtschaft.

Nachhaltigkeit der hiesigen Lebensmittel sicherstellen. Bestimmte Richtlinien und Massnahmen sollen sowohl für den inländischen Markt als auch für Importprodukte gelten. Wird von Umweltverträglichkeit gesprochen, so betrifft dies einerseits die langen Transportwege. Dabei ist es wichtig, dass der Konsument möglichst regional und saisonal hergestellte Nahrungsmittel vorfindet. Direktvertrieb und geringer Zwischenhandel reduzieren zudem die Lebensmittelverschwendung.

Andererseits stammt ein Grossteil der importierten Ware aus industrieller Agrarwirtschaft, welche mithilfe von synthetischen Pestiziden Monokulturen betreibt.

Nach einer gewissen Zeit verursacht dieses Produktionssystem jedoch ausgelaugte Böden, sodass laufend neue Regenwaldgebiete abgeholzt werden müssen. Ein weiteres Kriterium ist das Tierwohl. Fleisch und Eier aus quälischer Massentierhaltung dürfen nicht mehr unter gleichwertigen Bedingungen den Weg in unsere Regale finden.

Demnach kann der Bund etwa für faire Angebote Marktvorteile im Sinn von zollreduzierten Einfuhrkontingenten erlassen.

Ausserdem garantiert man dem einheimischen Käufer die Qualität mittels Deklaration der Herstellungsweise. Die SD haben zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

Ja zur Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»:

Mit dieser Initiative will man die einheimische bäuerliche Landwirtschaft fördern. In den vergangenen 30 Jahren sind 35'000 Bauernhöfe verschwunden. Obwohl die Milchliefermengen gesamthaft gesteigert werden konnten, nahm das Einkommen der Produzenten stetig ab. Letztlich verschwanden 100'000 Arbeitsplätze.

Das Begehren verlangt einerseits den längst fälligen Erhalt des Kulturlandes und verhindert somit entsprechende Einzonungen. Andererseits soll der Bund existenzsichernde Entschädigungen garantieren. Davon profitieren insbesondere Kleinbauern in abgelegenen ländlichen Regionen und Berggebieten.

Die Folge wäre vermehrter Direktvertrieb mit besserer Produkttransparenz (gewährleistete Nachhaltigkeit), lokalen Wirtschaftsketten und angemessenen Preisen.

Gegenwärtig beeinflussen zentralisierte Verarbeiter den Markt zulasten des Herstellers und des Endkunden.

Des Weiteren sieht der vorgesehene Verfassungstext auch die Nutzung und Vermarktung von eigenem Saatgut vor. Ausserdem fordern die Initianten eine Umwandlung des aktuellen Moratoriums für gentechnisch veränderte Organismen in ein definitives notwendiges Verbot.

Die Schweizer Demokraten (SD) befürworten vor allem die obligatorische Erhebung von Importzöllen, sodass sämtliche Freihandelsabsichten von vornherein verunmöglicht werden.

Unter die Mercosur-Diskussion könnte man dann sogleich einen Schlusstrich ziehen. Die Masse an ausländischen Waren würden die Schweizer Landwirte aus dem Markt drängen, zumal die hiesigen Quantitäten zu klein und daher nicht konkurrenzfähig sind. Diese Volksinitiative bildet eine optimale Grundlage zur Förderung der produzierenden schweizerischen Landwirtschaft. Die SD haben das Anliegen bereits während des Sammelstadiums aktiv unterstützt und beschliessen deshalb die Ja-Parole.

SD-Zentralvorstand

Sind da unsere Bundesräte gemeint?

In einer alten Schrift habe ich einmal folgenden Satz gelesen (die Sprache ist etwas altmodisch, aber dennoch beschreibt der Satz erschreckend genau die Politik unserer Bundesräte der letzten Jahrzehnte): «Seid bedächtig gegen die herrschenden Machthaber, die mit den Menschen nur um ihres eigenen Bedürfnisses willen sich näher einlassen, sich wie Freunde stellen zur Zeit, wenn es ihnen

taugt, dem Menschen aber nicht beistehen in der Zeit seiner Bedrängnis.» Auch wenn ich mich wiederhole, wundere ich mich doch seit Langem, warum die Bezeichnung für unsere Landesregierung als «Landesväter» so ähnlich klingt wie das Wort «Landesverräter».

Dr. Dragan Najman, e. Grossrat,
Baden

**Nur die Selbstbestimmungsinitiative garantiert die zukünftige ganzheitliche Umsetzung von Volksentscheiden!
Legen wir am 25. November 2018 ein kräftiges Ja in die Urne!**

Vetorecht für ausländische Firmenübernahmen

Der chinesische Staatschef Xi Jinping will bis 2049 zum 100-jährigen Jubiläum der Volksrepublik der grösste Player des Welthandels werden und somit die USA überflügeln. China hat 1,4 Milliarden Einwohner, ist das bevölkerungsreichste Land der Erde und flächenmässig der viertgrösste Staat auf unserem Globus. Das moderne aufstrebende China verfolgt nur ein Ziel, überall auf der Welt Konzerne und Firmen zu übernehmen und den Macht- und Einflussbereich zu vergrössern. Die Chinesen sind die Giganten auf dem Weltmarkt. Sie versuchen mit allen europäischen Ländern einzeln Handelsverträge abzuschliessen, jedoch nicht mit der EU! Sie gehen sehr geschickt und diplomatisch vor, um ihre ehrgeizigen Pläne zu verwirklichen.

Die Ober- und Mittelschicht lebt im Wohlstand, kann sich sogar Reisen nach Europa leisten, während die chinesischen Arbeiter in den zahlreichen, veralteten Fabriken zu Billiglöhnen Waren für den Export produzieren.

Sie arbeiten zu miserablen Arbeitsbedingungen, oft 12 Stunden am Tag, mit nur 2 Wochen Ferien pro Jahr. Wer etwas kritisiert, wird entlassen. Wer beim Filmen der schlechten Arbeits- und Sicherheitsbedingungen erwischt wird, wandert für 2 Jahre ins Gefängnis. Das Netz von 176 Millionen Videoüberwachungskameras soll bis 2020 auf 626 Millionen aufgestockt werden. In allen Provinzen gilt die Todesstrafe. Die internationalen Menschenrechtskonventionen werden nicht beachtet. Auch die Umwelt wird aus Geldgier rücksichtslos zerstört. Die Flüsse sind mit Chemikalien verseucht und die Luft oft mit Schadstoffen so stark belastet, dass viele Chinesen mit Atemmasken herumlaufen. Auch Tierschutzrechte gibt es nicht. Die chinesische Wirtschaft boomt mit ihren Exporten in alle Länder der Welt, nur das zählt!

In Afrika kauft die chinesische Regierung ganze Regenwälder, die radikal gerodet werden, um den steigenden Bedarf an Bodenschätzen und Rohstoffen für ihre Industrie zu sichern. Zurück bleiben vollkommen verwüstete geplünderte Landstriche.

Dieser Verlust von Regenwäldern schadet unserem Planeten und



Die Übernahme des Basler Agrochemiekonzerns Syngenta ist eines von zahlreichen Beispielen für die aggressive chinesische Expansion.

dem Weltklima empfindlich. Doch das ist für die chinesische Regierung nicht wichtig, sie sind ja nicht einmal Mitglied der Weltklimakonferenz.

Riskante Expansion

Unser Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann hat schon im Jahr 2014 mit China einen Freihandelsvertrag abgeschlossen. Seither werden wir mit chinesischen Waren überschwemmt. Oft sind es billige Kopien von Produkten aus anderen Ländern, beispielsweise in der Elektrobranche, der Spitzentechnologie, der Pharmaindustrie, der Textil- und Lederproduktion, bei Haushaltsgegenständen und Spielzeugen aus Plastik und vielem mehr. In einigen dieser Importen wurden giftige Chemikalien festgestellt; wir erinnern uns an den Barbie-Skandal. Trotzdem ist China nach Deutschland und der USA unser drittgrößter Handelspartner! Das Handelsvolumen zwischen China und der Schweiz für das Jahr 2017 zeigt folgende Zahlen: 13 Milliarden Franken für Importe und 24 Milliarden für Exporte. Zusätzlich werden immer mehr traditionell-schweizerische Firmen von den Chinesen aufgekauft. Das hinterlässt ein un gutes Gefühl bei vielen Schweizern.

Im Jahr 2016 hat der Staatskonzern ChemChina die Basler Grossunternehmung Syngenta für 43 Milliarden Dollar übernommen. Mit ihrem Saatgut, das sie patentieren und verkaufen, sollen die Landwirtschaftserträge aller Agrarländer gesteigert werden.

2018 hat der grösste Textilproduzent der Shandong-Ruyi-Gruppe die Schweizer Traditionsfirma Bally von der deutschen Holding Jab Luxury für ca. 700 Millionen

Dollar gekauft. Auch Schweizer Hotels werden vermehrt übernommen, so wurden das Luzerner Luxushotel «Palace» und zwei weitere Hotels in Melchsee-Frutt und Engelberg vom Investor Yunfeng Gao gekauft. Im Juni 2018 wurde die Swiss Education Group (Verbund von Schweizer Hotelfach- und Gastgewerbeschulen) an die chinesische Investmentgesellschaft Summer Capital verkauft. Es gibt noch viele weitere Beispiele von schleichenden, stillen Übernahmen von Schweizer Unternehmen, wie die Solothurner Eterna, die Neuenburger Uhrenfabrik Corum oder die Glarner Maschinenfabrik Netstal.

Gefährlicher chinesischer Grössenwahn

Die chinesische Regierung will ihren globalen Machtbereich noch weiter ausbauen. Mit zwei neuen Transportkorridoren plant sie, Asien, Europa und Afrika mit einer Art «neuer Seidenstrasse» zu erschliessen und durch gigantische Infrastrukturprojekte zu verknüpfen. Für das Projekt «One Belt, one Road» sollen 1000 Milliarden Dollar in Bahnen, Strassen, Pipelines, Stromnetze und Häfen investiert werden. Bereits wurde der Hafen von Piräus den finanzschwachen Griechen abgekauft und als «Tor zu Europa» massiv ausgebaut. In Duisburg soll der Rheinhafen zum wichtigsten Logistikzentrum werden.

Die Bauarbeiten für die geplanten neuen Handelswege regelt China mit 79 Staaten bilateral. Die Kosten werden von der chinesischen Regierung übernommen, dafür müssen die Aufträge ausschliesslich an chinesische Firmen vergeben werden.

Die Schweizer Bevölkerung ist von einer gut funktionierenden Strom-

und Wasserversorgung abhängig. Nach dem Ausstiegsentscheid für Kernkraftwerke hat besonders die Firma Alpiq ein Bilanzproblem und könnte deswegen Stauseen und Kraftwerke an die Chinesen oder andere ausländische Anleger verkaufen.

Der Verkauf von Energiefirmen, Kraftwerken, Stromleitungen und Stauseen sei äusserst gefährlich, warnte die Zürcher Nationalrätin Jacqueline Badran. Schon im Jahr 2016 verlangte Badran mit einer parlamentarischen Initiative, dass kritische Energieunternehmen unter die «Lex Koller» gestellt werden müssten.

Analog den Grundstücken und Immobilien sollte bei Verkäufen von Energieunternehmen zu unserem Schutz die «Lex Koller» angewendet werden. Das Bundesamt für Justiz soll nun eine genaue Regelung dafür erarbeiten. Dies dauert jedoch 2 bis 3 Jahre und erwartungsgemäss werden sich Wirtschaftsliberale und die Energiebranche dagegen wehren.

Schweiz muss dringend handeln

Die steigenden Käufe durch Chinesen beunruhigen die Schweizer Bevölkerung und auch Politiker. Die USA, Deutschland und einige andere europäische Länder haben ein Vetorecht eingeführt, womit sich solche Übernahmen verhindern lassen. Besonders Deutschland hat verschiedene heikle Geschäftsverkäufe an Chinesen verhindert, so auch im Nuklear- und Energiebereich. Ihr neues Gesetz nennt sich «Vetorecht für den Verkauf von kritischen Infrastrukturen an Ausländer». In China ist es selbstverständlich verboten, dass westliche Firmen ihre Unternehmen kaufen können. Warum soll dies umgekehrt uneingeschränkt möglich bleiben?

Es ist dringend nötig, dass auch die Schweiz ein Vetorecht für ausländische Firmenkäufe, speziell im Energiebereich, einführt oder solche Geschäfte unter die «Lex Koller» stellt!

Dies sollte möglichst bald gesetzlich verankert werden, bevor man noch mehr hiesige Firmen aufkauft! Dies wäre verhängnisvoll für unsere Wirtschaft und wir wären dadurch erpressbar!

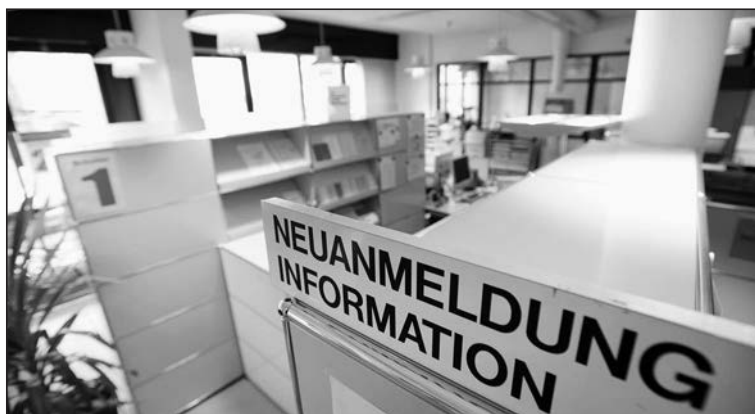
Margrit Neukomm,
Zentralvizepräsidentin, Bern

Angriff auf den Schweizer Sozialstaat

Was man in letzter Zeit medial mitbekam, liess einem erschauern. Die Ergänzungsleistungen für ärmere Menschen in der Schweiz sollen gekürzt werden. **Das gesparte Geld wird ganz bestimmt wieder für Flüchtlinge oder das Bildungswesen ausgegeben; dies sind alles Bereiche, wovon kein einziger Arbeiter oder Rentner in irgendeiner Form profitiert.** Jetzt sollen aber sogar die Sozialhilfebezügler unter die Räder kommen. Als Erstes denkt man sich wohl, dass dies gut sei; das sind ohnehin alles nur Schmarotzer. Solche pauschalen Floskeln greifen jedoch zu kurz. Die Sozialhilfe gehört zum Sozialstaat und soll eine minimale Lebensversorgung eines Menschen sicherstellen. **Die Betonung liegt auf minimal, denn der Höchstbetrag der Sozialhilfe beläuft sich auf Fr. 986.–. Dies ist die monatliche Entschädigung, womit man machen darf, was man will.** Zusätzlich werden die Gesundheitskosten wie Krankenkassenprämien, Franchise und Selbstbehalt übernommen. Auch die Miete wird zusätzlich berücksichtigt; jedoch versteht es sich von selbst, dass die Sozialhilfe keine Attikawohnung (luxuriöse grosse Wohnung im obersten Stockwerk) finanziert. Für die 986 Franken ist man also selbst verantwortlich. **Das Ziel ist, dass man sich damit genügend Nahrungsmittel, Kleider, ÖV-Tickets, Haushaltsartikel usw. kaufen kann.**

Ferien im Ausland, eventuell sogar im Inland, oder einmal auswärts ein gutes Essen geniessen, liegen kaum mehr drin. Bei der Sozialhilfe geht es wirklich nur darum, Grundbedürfnisse sicherzustellen, die man zum «Überleben» in der Schweiz braucht. Doch dieses System wird einmal mehr von der SVP bedroht.

Diese Partei hat den Leuten während Jahrzehnten Sand in die Augen gestreut. **Sie behauptet immer wieder, dass Unternehmenssteuerreformen vor allem auch den Arbeiter begünstigen. Das Gegenteil ist der Fall.** Erstens kommen mehr Firmen in unser Land und dadurch auch mehr Ausländer, die dann in diesen Unternehmungen arbeiten, und zweitens finanzieren wir mit unseren Steuergeldern deren Konzerngewinne, da diese Firmen steuerlich entlastet werden. **Die Steuerausfälle dürfen dann, wie immer, die Arbeiter bezahlen.** Ver-



Diese Abbaupläne für die Sozialhilfe treffen die sozial schwächsten Schweizer (Bild: Schalter eines Sozialamtes).

achtungswürdig ist insbesondere, dass Institutionen, die uns vor dem vollkommenen sozialen Absturz bewahren, immer wieder von der SVP frontal angegriffen werden, namentlich die Arbeitslosenversicherung, die AHV, die berufliche Vorsorge (BVG), die Ergänzungsleistungen als solches und nun die Sozialhilfe. Was plant denn eigentlich die SVP mit ihrem Angriff auf die Sozialhilfe wirklich?!

Kantonale Massnahmen schaffen Opfer

Eine Gruppe um den ehemaligen SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer will die Sozialhilfe abbauen. Dies versucht sie, in den kantonalen Parlamenten durchzusetzen. Im Kanton Bern will man die Sozialhilfe neu auf nur noch Fr. 899.– senken. In anderen Kantonen, beispielsweise Aargau, würde sich der auszuzahlende Betrag sogar lediglich noch auf Fr. 600.– belaufen. Begründet wird dies mit steigenden Steuern für die Bevölkerung. **Sollten dann aber diese Vorlagen bei der Stimmbevölkerung durchkommen, würde die SVP mit Sicherheit keine Steuersenkungen für den Arbeiter weitergeben. Letztlich könnten wohl wieder nur Konzerne profitieren.**

Erst kürzlich wurde bekannt gegeben, dass viele Leute über 50 Jahre oftmals ihren Arbeitsplatz verlieren und arbeitslos werden. Neuerdings wandern diese Leute vermehrt in die Sozialhilfe ab.

Welche Gründe könnten hierbei vorliegen? Man ist leider nicht quasi arbeitslos, bis man endlich eine Stelle findet. Nach spätestens zwei Jahren wird man ausgesteuert und dann hat man nur noch drei Möglichkeiten: **Entweder man tastet sein Vermögen an oder bezieht Sozialhilfe, wobei diese nur**

erhältlich ist, wenn kein Ersparnis vorliegt. Das ist eigentlich eine unglaubliche Enteignung. Keine einzige Partei in der Schweiz thematisiert das. Jemand hat 30 Jahre gearbeitet, verliert seinen Arbeitsplatz, vielleicht gerät er dadurch in eine psychische Krise, findet nach zwei Jahren keine neue Stelle, wird ausgesteuert und landet beim Sozialamt, wo es dann wie folgt klingt: «Sie, es tut uns leid, aber Sie müssen zuerst Ihr angespartes Vermögen aufbrauchen.» Dabei wäre doch dieses Geld für den Ruhestand gedacht und nun muss diese Person es 15 Jahre vor der Pensionierung aufbrauchen und wenn es dann einmal so weit ist, lebt sie schliesslich von der AHV und Ergänzungsleistungen. Dies ist doch einfach ungerecht! Die dritte Möglichkeit lautet wie folgt: **Jemand verzichtet auf die Sozialhilfe, gibt seine Wohnung auf und wird obdachlos. Das Unfassbare ist, dass dies Menschen tatsächlich tun, wohl aus den verschiedensten Gründen.**

Übrigens erhält nicht jeder kranke Mensch, der nicht mehr arbeiten kann, Leistungen der Invalidenversicherung. Das System ist sehr willkürlich; diejenigen, welche abgelehnt werden, landen ebenfalls wie ausgesteuerte Arbeitslose bei der Sozialhilfe. Sozialhilfeleistungen sind viel tiefer als die Arbeitslosenentschädigungen oder die IV-Renten.

Zudem verlangt der Staat jeweils die bezogenen Sozialhilfeleistungen zurück. Wenn dann der 55-Jährige nach drei Jahren end-

lich eine Stelle findet, darf er zuerst noch die Sozialgelder zurückzahlen.

Jeder braucht den Sozialstaat

Es macht einem wirklich Angst, was in diesem Land zurzeit abgeht. **Der Sozialstaat ist für uns alle da, denn kein Mensch weiss, wie sein Lebensweg aussieht.** Es kann sein, dass jemand im Moment sehr glücklich ist und einen rundum zufriedenstellenden Arbeitsplatz hat und das Leben entsprechend genießt. Es kann aber durchaus sein (und in der jetzigen Zeit umso mehr), **dass dieselbe Person eines Tages die Stelle verliert oder dass sie gesundheitlich einen Schicksalsschlag erleidet. In solchen Fällen ist der Sozialstaat für einen da, damit man wenigstens in finanzieller Hinsicht genug zum Leben hat.** Wer also vom Sozialstaat lebt, ist kein Schmarotzer. Die meisten Menschen leben vom Sozialstaat, weil sie im Rentenalter, gesundheitlich angeschlagen sind oder den Arbeitsplatz verloren haben. Die sogenannten Schmarotzer, die das System austricksen, stellen eine Minderheit dar, aber genau diese Missbrauchsfälle, die alle empören, schaffen es in die Medien. **Die Schweizer Demokraten (SD), die sich einsetzen für eine sozial gerechte Schweiz, sind ganz klar gegen solche Abbaumassnahmen.** Bei der Arbeitslosenversicherung beispielsweise, sieht unser politisches Programm unter Ziffer 3.3 sogar eine Ausbaumassnahme vor.

Bei der Sozialhilfe ist klar, dass das heutige System nicht abgebaut werden darf, denn sonst kann man nicht mehr von Sozialhilfe sprechen.

Meines Erachtens müsste man die Sozialhilfe gerechter gestalten, vor allem die Enteignungsmassnahmen und die Rückzahlungen müssten überprüft werden.

Schlimm ist, dass die SVP zahlreiche Abbaumassnahmen bei den Sozialwerken und vergleichbaren Leistungen federführend fordert. Damit wird der Schweizer Bürger aktiv geschädigt.

Jungaktivist* der SD Kanton Bern

*Name der Redaktion bekannt

**Kein Freihandel in der Landwirtschaft!
Ja zur Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität!»**



Discours du 1er août 2018

*Chers membres et sympathisants de notre parti,
Chers Confédérés,
Mesdames, Messieurs,*

Le Traité Constitutionnel de l'Union Européenne a été refusé par la France en votation populaire. Le Traité de Lisbonne qui a suivi a repris la plupart des articles du Traité Constitutionnel et son esprit. Au titre V de l'action extérieure de l'Union Européenne il était prescrit, sous lettre e, encourager l'intégration de tous les pays dans l'économie mondiale, c'est la globalisation, sous la lettre h, **promouvoir un système international basé sur une coopération multilatérale renforcée et une bonne gouvernance mondiale**. Les tenants de cette vision du monde, qui est une utopie, sont puissants et influents.

On développe un nombre croissant d'instances supranationales, qui peu à peu par des traités et des conventions mine la souveraineté des états.

Par exemple l'OCDE, Organisation de Coopération et de Développement Economique, était à la pointe du combat contre le secret

bancaire suisse, car l'UE n'avancé pas assez rapidement sur ce dossier.

Un des derniers coups des mondialistes est la question des réfugiés et de l'immigration.

Sans débat parlementaire, la Chancelière Allemande, impose à l'Allemagne d'un trait un million de réfugiés.

Des comités d'accueil surgissent en un temps record de tous les côtés. **Tout ceci ne tombe pas du ciel par hasard et a été préparé en coulisse**. Si vous jetez un coup d'œil dans les classes primaires des grandes villes suisses, vous verrez l'avance des éléments allogènes. L'Allemagne avec l'appui de la France a essayé d'imposer des quotas de réfugiés aux pays de l'UE, ce qui est piège.

Une fois le système des quotas mis en place, les vagues d'immigrants sont réparties au fur et à mesure dans les pays de l'UE.

L'Afrique avec une démographie qui explose peut déverser sur

l'Europe 200 millions de migrants. C'est un danger mortel pour l'identité suisse.

La résistance à l'immigration augmente, l'Amérique durcit sa politique vis-à-vis de sa frontière sud. **La question de l'immigration a joué un rôle certain dans la sortie de la Grande-Bretagne de l'UE**. Le Premier Ministre David Cameron a essayé en vain d'obtenir des concessions de Bruxelles. Bruxelles n'a pas pensé un seul instant que la GB allait sortir de l'UE, grave erreur. **La GB est un contributeur net à l'UE, le chiffre de 15 milliards d'Euro est avancé.**

La presse suisse dans son ensemble et les mass media s'acharnent à démontrer que la GB a eu tort de quitter l'UE, ce sont les mêmes gens qui étaient en faveur de l'Espace Economique Européen et maintenant qui occultent l'erreur de Bruxelles. **Ces mêmes milieux sont aujourd'hui pour un accord-cadre avec l'UE, ce qui est un succédané de l'EEE que nous combattons. Vive la Suisse indépendante et neutre!**

*Michel Dupont,
coprésident central, Pully*

Consignes de vote pour les votations fédérales du 23 septembre 2018

- Liberté de vote pour l'arrêté fédéral concernant les voies cyclables et les chemins et sentiers pédestres (contre-projet direct à l'initiative populaire «Pour la promotion des voies cyclables et des chemins et sentiers pédestres [initiative vélo]»)
- Oui à l'initiative populaire «Pour des denrées alimentaires saines et produites dans des conditions équitables et écologiques (initiative pour des aliments équitables)»
- Oui à l'initiative populaire «Pour la souveraineté alimentaire. L'agriculture nous concerne toutes et tous»

Consigne de vote pour les votations fédérales du 25 novembre 2018

- Oui à l'initiative populaire «Le droit suisse au lieu de juges étrangers (initiative pour l'autodétermination)»

Un weekend normal de violence contre la police

Le 2 septembre 2018, une gendarmerie vaudoise a été grièvement blessée à Thoiry / France au terme d'une course poursuite avec des délinquants qui avaient volé une caravane sur le territoire vaudois. La victime souffrant de blessures à la tête et aux membres a été transportée en urgence à l'hôpital universitaire de Genève. **Deux suspects ont été interpellés et inculpés de tentative d'homicide par la justice française.**

Dans la nuit du 1er au 2 septembre à Berne, des délinquants masqués issus du centre alternatif de la Reitschule s'en sont pris à des policiers bernois à coups de jets de pierres, bouteilles et barres de fer, blessant trois membres des forces de l'ordre.

La Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police (FSFP) tient à transmettre un message de prompt rétablissement à ces policières et policiers qui ont été blessés dans l'exercice de leur fonction. C'est encore une énième fois et avec autant de consternation que la FSFP a pris connaissance de ces graves et inexcusables faits de violence commis à l'encontre de la gendarmerie vaudoise et des agents de police bernois.

Pour rappel, il ne s'écoule pas une semaine où une policière ou un policier n'est atteint dans sa chair lors d'une intervention. Aujourd'hui et plus encore demain, c'est l'augmentation des cas graves, mais surtout leur régularité qui devient des plus inquiétantes.

Chaque seconde, chaque minute, une policière ou un policier met sa vie en danger afin de garantir la sécurité et la paix au profit des citoyens, en se chargeant de présenter à la Justice des suspects de crimes et délits. En marge de ces tristes événements, la FSFP rappelle que cela fait depuis 2009 qu'elle a alerté les autorités politiques sur le brûlant dossier des violences contre les fonctionnaires. **Deux initiatives parlementaires demandant un durcissement des peines prévues à l'article 285 du Code pénal ont été déposées en 2017.**

Les membres de la Commission des affaires juridiques du Conseil national se sont réunis en février 2018 et ont voté à 20 voix contre 5 le durcissement de la loi proposée par les deux initiatives parlementaires.

Mais c'est apparemment à nouveau le silence dans ce dossier depuis cette prise de position! «Il est impératif que nos autorités fédérales assument leurs responsabilités en traitant rapidement ces initiatives», explique Johanna Bundi Ryser, Présidente de la FSFP. «Un policier blessé ou mort ne peut plus assurer la sécurité de nos concitoyens. Nous attendons que l'Etat, en sa qualité d'employeur, fasse tout pour protéger ses collaborateurs de toute forme de violence, mais aussi qu'il punisse avec la plus grande sévérité cette violence faite lâchement à ses représentants», souligne encore Johanna Bundi Ryser. «Les initiatives doivent être traitées rapidement maintenant», exhorte Johanna Bundi Ryser.

*Fédération Suisse
Fonctionnaires de Police*

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10

Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:
Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Nottwil
Margrit Neukomm, Bern

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement
SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
___ Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Telefon/Natel: _____

E-Mail: _____

Datum/
Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Freiheit akut bedroht – von «Negro Rhygass» über Andreas Thiel bis Tamara Funicciello

Rot-grüner Moralismus prägt bereits seit langer Zeit die westeuropäische Politik, wobei sich die Situation in der Schweiz zunehmend verschlimmert. Bisher herrschte lediglich die Arroganz vor, eigene Spielregeln für den demokratischen Diskurs festlegen zu wollen. Dabei handelte es sich jeweils um progressiv und internationalistisch gefärbte Leitplanken. Freie Meinungsäusserung war immer gewährleistet und akzeptiert, solange eine Aussage gemäss den selbsternannten Schiedsrichtern nicht rassistisch, sexistisch, homophob, islamophob, transphob, allgemein unsozial usw. erschien. **Selbstverständlich besteht hierbei niemals das Interesse einer objektiven Beurteilung. Das Ziel liegt ausschliesslich in der Stigmatisierung unbeliebter und unerwünschter politischer Ansichten, was nur möglich ist, wenn man eine gewichtige Elite hinter sich hat.** Nicht zuletzt deshalb werden jetzt sogar die heiligsten Kühe angetastet.

Drei Beispiele

Von der Basler Guggenmusikformation «Negro Rhygass» verlangt man beispielsweise eine Änderung des angeblich rassistischen Namens, zumal sich dunkelhäutige Menschen diskriminiert fühlen könnten. **Gerade die Grenzenlosigkeit des Sprechens und Tuns stellt**

aber ein unantastbares ungeschriebenes Gebot der Fasnacht dar. Des Weiteren ist Satire in den meisten Fällen tatsächlich eher linksgerichtet. Wiederum existiert die Regel, dass sich kein Künstler an jegliche Gepflogenheiten und Normen halten muss. **Offenbar gelten bei Andreas Thiel jedoch andere Massstäbe.**

Gewisse Kritiker, deren Wort man als wichtig und kompetent einstuft, erheben gegenüber dem «bürgerlichen» Satiriker Andreas Thiel den moralischen Mahnfinger, sodass er unterdessen auch in der Öffentlichkeit mit Beschimpfungen konfrontiert wird.

Das Verhalten von Talkmaster Roger Schawinski war seinerzeit sinnbildlich dafür. In einem anderen Fall beschwerte sich bezeichnenderweise die Juso-Präsidentin Tamara Funicciello über eine Karikatur, welche ihre provokativen Aktionen etwas aufs Korn nahm. Da sie ein Paradebeispiel einer selbsternannten Politschiedsrichterin ist, liess der Kommentar mit dem Vorwurf der Frauenfeindlichkeit nicht lange auf sich warten. **Funicciello wurde nun quasi selbst Opfer einer sexistischen Tat.**

Ungeschriebenes Gebot

Ob Fasnacht, Satire oder Karika-

tur, eine Prise Heiterkeit in der Politik wäre vielleicht wirklich nötig und brächte etwas Erfrischung. Diese drei Beispiele zaubern aber keineswegs ein Lächeln ins Gesicht. Der Umgang mit «Negro Rhygass», Andreas Thiel oder diesem Karikaturisten bietet vielmehr Anlass zum Weinen. Natürlich gelten Regeln prinzipiell immer. **Genauso kannte die Gesellschaft seit jeher Ausnahmen, die seinerseits ebenfalls ein ewiges Gebot darstellen. Niemand stellte dies jemals infrage, was gut war und sein musste.** Doch der gegenwärtige Zeitgeist hat sich auf schlimme Weise verändert. **Der Narr an der Fasnacht, der Stift des Karikaturisten und der Satiriker, sie durften alle Vorschriften der «Political Correctness» brechen!**

Gewährleistet aber ein Land, eine menschliche Gesellschaft, dieses Prinzip nicht mehr, so bedroht das die Freiheit als solches. Ohne vollumfänglich freie Karikatur, Fasnacht und Satire gibt es auch kein freies Land und keine freie Gesellschaft mehr. «Charlie Hebdo» lässt grüssen!

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Abstimmungsparole für den Urnengang vom 25. November 2018

**Ja zur Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter
(Selbstbestimmungsinitiative)»**

**Am 27. Oktober 2018 findet
im Restaurant «Dietiker» in Suhr
die nächste schweizerische
Mitgliederversammlung statt.**

**Sämtliche SD-Mitglieder sind herzlich eingeladen.
Die Parteileitung freut sich auf Sie.**

SD 
Schweizer Demokraten